



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Zur Entwicklung der Dinge in Frankreich.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Zur Entwicklung der Dinge in Frankreich.

Was wir wiederholt an dieser Stelle ausgeführt haben, das hat in den letzten Monaten seinen Fortgang genommen: Die französische Republik geht langsam, aber sicher ihrem Untergange durch eine Umwälzung entgegen, die von Seiten der radikalen Parteien droht. Mancherlei Dinge können im Laufe der nächsten Zeit sich dieser Entwicklung entgegenstellen und ihren Gang verzögern, das angegebene Ende aber scheint unausbleiblich, und mit Recht reiben die voraussichtlichen Erben der Rothen, die monarchischen Parteien und die Jesuiten, sich schon jetzt vergnügt die Hände über die Schwäche und die Verblendung, welche die konservativen Republikaner den Bestrebungen der Ultras gegenüber an den Tag legten. Vielleicht im nächsten Jahre schon, mit Bestimmtheit aber binnen nicht viel längerer Frist, wird man den Pöbel mit der rothen Fahne in Paris wieder obenauf sehen, und nicht lange nachher werden wir das Schauspiel erleben, daß ein energischer und glücklicher Soldat auftritt, die Kommunisten und ihre Verbündeten von der permanenten Revolution zu Paaren treibt und la belle France die phrygische Krone vom Haupte nimmt, um ihr wieder eine Krone aufzusetzen.

Seit der Heimkehr der amnestirten Kommunards hat sich der Himmel über Paris fast mit jeder Woche mehr bewölkt, und man beginnt auf Seiten der Gemäßigten einzusehen, daß man mit der Amnestirung des größten Theils jener Verbannten einen Mißgriff begangen, während die Maßlosen davon noch nicht befriedigt sind und Begnadigung Aller fordern. Anfangs sah es aus, als ob diejenigen Recht behalten sollten, welche die Maßregel als ungefährlich bezeichnet hatten. Die Regierung schien unbesorgt zu sein, und die Zeitungen fanden Gelegenheit, das bescheidene und geräuschlose Wesen zu loben, mit welchem die „Unglücklichen“, durch Schaden klug geworden, den heimathlichen Boden wieder betraten. Aber es sollte bald anders kommen. Schon seit geraumer Zeit hatte man wiederholt Anlaß zu bemerken, daß die Zurückgekehrten nicht allein Gegenstand menschlicher Theilnahme waren, sondern auch auf die

politischen Glaubensverwandten erregend wirkten und ihrerseits von ihnen neu erregt und zuversichtlicher gestimmt wurden. Man machte die unerfreuliche Entdeckung, daß die Zahl der Anarchisten, die zurückgeblieben waren, eine sehr bedeutende war, und daß die Ansprüche derselben von Tag zu Tage wuchsen. Das Wiedersehen der Freunde und Führer ließ erloschen geglaubte Gluthen wieder glimmen und gelegentlich hell aufflammen. Man begrüßte die Begnadigten als „Märtyrer“, man erinnerte sich mit Stolz des im Frühjahr 1871 Geschehenen, man verlangte mehr oder minder ungestüm Vergessenheit und Vergebung für Alle, die das Gesetz noch in der Verbannung gelassen hatte, und man sah sich von einem Theile der gemäßigten Republikaner in diesem Verlangen unterstützt — ein Zeichen, daß die Maßlosen wieder eine Macht geworden waren. In Folge dessen wuchs die Dreistigkeit und die Ungebuld derselben fortwährend, und die Demonstrationen wurden immer häufiger, bei denen in Reden voll Haß und Trotz unter dem Zujuchzen von Tausenden die Sache des Proletariats und des Kommunismus vertreten und gefeiert und das ungeschwächte Fortleben der alten verbrecherischen Absichten und Pläne ohne Scheu enthüllt wurde.

Die Ansprache, welche de Heredia als Präsident bei Eröffnung der neuen Session des Gemeinderaths von Paris hielt, ist bei allen ihren heuchlerischen Redensarten und trotz ihrer Ermahnungen zur Eintracht und Humanität ein grober Verstoß gegen die politische Vernunft und die Moral. Auf die volle Amnestie anspielend, ruft er aus: „Mit Herz und Hand verlangen wir ein neues Gesetz der Befreiung. Paris besitzt den Stolz, sich für reif zur Emanzipation zu halten, es erwartet zuversichtlich, daß man ihm Gerechtigkeit widerfahren lasse. Ich fordere die allgemeine Begnadigung im Namen aller Männer von Herz, aller vorsichtigen Politiker (vorsichtigen! der Gipfel des Wahnsinns), aller kaltblütigen Republikaner.“ Wenn er zuletzt von der „blinden Wuth und dem unpolitischen Widerstande“ faselt, „welchen die Pariser Wähler gefunden“, so ist das geradezu unbegreiflich, und das Journal des Débats hat ganz recht gethan, dies als eine Unverschämtheit zu bezeichnen und den Redner daran zu erinnern, daß der Pariser Gemeinderath, wenn er noch Jahre lang ohne Dach und Fach ist, sich dafür gerade bei denen zu bedanken hat, zu deren Gunsten heute nach allgemeiner Amnestie geschrieben wird, bei den Mordbrennern der Kommune von 1871.

Bei der Berathung des in Marseille tagenden sozialistischen Arbeiterkongresses am 26. Oktober schloß der zweite Redner über die Lohnfrage seine Worte mit einem Hoch auf die demokratische und soziale Republik, und drei andere Mitglieder der Versammlung beantragten die Gründung einer großen Arbeiterpartei in Frankreich, welche die „volkswirtschaftlichen Rechte erobern,

die Abschaffung des Lohnes durchsetzen, den Krieg der arbeitenden Klasse gegen die Bourgeoisie beginnen und so endlich die Herrschaft der Revolution sichern solle“.

Tags nachher war die Frage wegen einer direkten Vertretung des Proletariats in den verschiedenen gewählten Körperschaften Gegenstand der Verhandlung, und ein Redner aus Paris suchte den Beweis zu führen, daß das am schnellsten wirkende Mittel, den Leiden der Proletarier ein Ende zu machen, in der Vertretung derselben in Senat und Deputirtenkammer, in den General- und Gemeinderäthen bestehe, während die Stellen der gewählten Beamten gegenwärtig von Advokaten, Fabrikherren und Großgrundbesitzern besetzt seien, welche die Proletarier durch lügenhafte Versprechungen hintergingen. Ein Beispiel sei „der Hohepriester des Opportunismus“, Gambetta, der das in Belleville von ihm unterzeichnete Programm mit Füßen getreten habe. Er entwickelte darauf sein System der richtigen Arbeitervertretung und schloß, indem er die Besoldung aller gewählten Beamten, den gleichen Antheil Aller am Gewinn, das gemeinschaftliche, selbständige und freie Eigenthum, die Abschaffung des Senats und der Präsidentschaft der Republik als letztes Ziel forderte. Die Besetzung aller Posten und Aemter, die der Staat zu vergeben hat, müsse, so behauptete er, durch Wahl erfolgen; alle Gruppen und Verbindungen der Arbeiter sollten sich als Brudervereine der Proletarier Frankreichs bilden und ihre Vertreter selbst ernennen, der Gewählte müsse ein einfacher Beauftragter ohne selbständigen Willen sein, der seine Entlassung den Auftraggebern für den Fall, daß sie mit ihm unzufrieden, vorher in blanco einzureichen habe. Ein anderer Redner wollte zwar aus Liebe zur Republik Opfer bringen, aber die Vertretung des Proletariats in den gewählten Körperschaften und das Imperativmandat seien dann doch zu erstreben. Wieder ein Anderer forderte die Arbeiter auf, „das sozialistisch=revolutionäre Banner mit allen seinen Konsequenzen zu entfalten, eine Proletarierpartei zur Verwerthung des allgemeinen Stimmrechts zu gründen und einen sozialistischen, revolutionären Zentralausschuß mit der Aufgabe zu bilden, daß derselbe die nächsten Wahlen benutze, um den vollständigen Bruch mit der Bourgeoisie herbeizuführen, und daß er ein sozialistisches Programm entwerfe, das alle Kandidaten anzunehmen hätten“.

An einem dritten Tage setzte Roche, der Hauptredner des Kongresses, diesen Abgeschmacktheiten die Krone auf, indem er ausrief: „Die Bourgeois werden nicht verfehlen, zu schreien: Achtet das Eigenthum! Aber ihr lügt, ihr Ausbeuter, wenn ihr behauptet, das Eigenthum sei eine Frucht der Arbeit; denn wenn das wahr wäre, so würden wir, die wir hier sind, allesammt reich sein. Das Eigenthum ist vielmehr das Ergebnis des Zufalls und der List.“ Der Redner verlangte dann, daß man der „Knechtschaft der Arbeiter“ ein Ende mache; denn, sagte er, „ich glaube nicht an das Wirken einer göttlichen Vor-

sehung". Das Mittel zur Erreichung jenes Zieles bestehe, so fuhr er fort, in der Revolution, welche das Licht sei. Die, welche meinten, daß eine Umwälzung ohne Gewaltthätigkeit möglich sei, bestünden aus Dummköpfen, unehrlichen Leuten und Unwissenden. Man müsse die Liquidirung der alten französischen Gesellschaft vornehmen, und zwar nach einem System, nach welchem der Staat die Privatpersonen für den von ihm eingezogenen Besitz an Geld und Gut durch zwanzigjährige Zahlung von fünf vom Hundert abzufinden habe. „Der Proletarier,“ so schloß dieser offenerherzige Kommunist seine Ansprache, „hat nicht die Aufgabe, ewig für den Reichen wegen eines Kapitals zu arbeiten, das dieser nicht geschaffen hat. Man wird mir einwerfen, daß die Kapitalien dann auswandern werden; daß die Rohstoffe neue Kapitalien hervorbringen, und daß die Hausbesitzer ihre Häuser nicht mehr vermietthen werden. Was sollen sie aber mit ihnen machen? Die Maurer werden für die Arbeiter neue Häuser bauen. Der Bourgeois ist hartherzig, weil er die Leiden nicht kennt, während das Volk gut ist, wenn das Elend es nicht verhärtet hat“ u. s. w. Rauschender allgemeiner Beifall belohnte den Redner für diese Proben unverfälschten politischen Blödsinns und bewies, wie weit es mit einem großen Theile der französischen Arbeiter wieder gekommen, oder wie wenig der alte Haß derselben gegen die Besitzenden und gegen die bestehende Ordnung erloschen ist.

In weiten Kreisen Frankreichs werden ähnliche Gedanken und Pläne laut, und fast allenthalben, namentlich in den Fabrikbezirken und den großen Städten, vor allem in Paris, brodelt und wallt unter dem Feuer, das von den Kommunisten und den Radikalen der Sorte Louis Blancs und Blanquis geschürt wird, lustig der Herentessel wieder, aus dem die blutigen Geister der Revolution aufsteigen. Die Pariser Radikalen organisiren sich und benutzen jede Gelegenheit, zu Gunsten der allgemeinen Amnestie zu demonstrieren. Am 8. Oktober fand im Stadtviertel Javel eine Wahlversammlung statt, in der sich Humbert, einer der Amnestirten, früher Mitarbeiter des berüchtigten rothen Schmutzblattes Père Duchêne, zum Mitgliede des Gemeinderathes empfahl. Er sprach dabei für die Begnadigung der in Numea zurückgehaltenen Kommunarde, die man „dem Vaterlande zurückgeben müsse, das sie so heiß geliebt, der Republik, die sie so tapfer vertheidigt“. „Die Amnestiefrage,“ so fuhr er fort, „wird nächstens wieder vor die Kammer kommen. Wie wird sie gelöst werden? Wir wissen es nicht. Es ist aber wichtig, daß das Pariser Volk sich ausspricht, daß die Wähler den Erwählten zuvorkommen. Indem ihr für mich stimmt, werdet ihr für die allgemeine Amnestie stimmen. Ich verlange von euch, Bürger, daß ihr im Namen derer, welche dort in der Ferne sind, welche zuerst meine Waffengefährten, dann meine Leidensgenossen waren, am nächsten Sonntag euch für die allgemeine Amnestie ausspricht.“ Und so ge-

schah es. Am nächsten Sonntage wurde Humbert gewählt, wurde von 684 unter 1299 Pariser Wählern die Kommune in ihren ärgsten Auswüchsen rehabilitirt. Die Marseillaise jubelte. Andere radikale Zeitungen, welche Humberts Wahl empfahlen hatten, waren verblüfft, weil sie nicht ernstlich geglaubt hatten, daß ein Mensch, der zur Erschießung Chaudes aufgefördert hatte, siegen könnte. Die République Française, die für ihn zwar nicht eingetreten war, aber durch Artikel für die allgemeine Amnestie mit den Rothen, wie sie oft schon gethan, geliebängelt hatte, wollte der Wahl Humberts so wenig Bedeutung beimessen wie der Wahl Blanquis in Bordeaux — eine Lächerlichkeit, denn letzterer war gewählt worden, weil man ihn nicht amnestirt hatte, wogegen der amnestirte Humbert gewählt wurde, um die Kommune zu verherrlichen. Die antirepublikanischen Blätter waren entzückt. Soleil schrieb: „Paris wird künftig von denen verwaltet werden, die es in Brand gesteckt haben.“ Dies wird nun zwar vorläufig nicht eintreten; denn die Wahl Humberts ist annullirt worden, aber sie war ein Symptom, ein Vorschatten der Zukunft und kein vereinzelter. In Lyon, wo vier Gemeinderäthe zu wählen waren, wurden drei Radikale und ein sozialistischer Kandidat, der Amnestirte Garel, durchgesetzt, und am 27. Oktober brachte im Generalrath des Seine-Departements dessen früherer Präsident Mathé „im Namen vieler Kollegen“ den Antrag ein: „Der Generalrath, als getreuer Dolmetsch der ungeheuren Mehrheit seiner Kommittenten, äußert, in Erwägung, daß es im Interesse der öffentlichen Ruhe und der nationalen Eintracht mehr als je nothwendig ist, die Spuren unserer bürgerlichen Streitigkeiten auszutilgen, den Wunsch, daß die volle Amnestie für alle mit den Ereignissen von 1870 und 1871 zusammenhängenden Handlungen baldigst von den öffentlichen Gewalten beschlossen werde“, und dieser Antrag wurde mit allen gegen vier Stimmen zum Beschluß erhoben, obwohl es sich dabei lediglich um die Begnadigung gemeiner Verbrecher, Mörder und Räuber handelte.“

Diesen Erscheinungen gegenüber scheint der Präsident Grévy sich zu größerer Energie, als er und sein Ministerium bisher an den Tag legten, aufzuffressen zu wollen, und die Mehrheit der Volksvertretung wird ihn dabei vermuthlich unterstützen. Aber wie lange diese Energie anhalten, und ob ihr auf die Dauer der Sieg bleiben wird, den durch sie entfesselten anarchischen Gelüsten gegenüber, ist eine schwer zu beantwortende Frage. Alle besonnenen Elemente in Frankreich hoffen von der Regierung thatkräftige Handhabung der Geseze und Sicherstellung der öffentlichen Ordnung. Aber der Schaden ist, wie man zu sagen pflegt, schon „zu weit hinein böse“ geworden, man hat, was Feuer war, zu lange nicht als Feuer betrachtet und behandelt, und es fragt sich sehr, ob noch zu helfen sein wird.

Zunächst scheint sicher zu sein, daß die Tage des Ministeriums Waddington gezählt sind. Nicht mit Unrecht wohl betrachtet der Pariser Korrespondent der Times den Rücktritt desselben als unvermeidlich. Warum? Je nun, Wechsel muß sein, und Veränderung ist ein Vergnügen, auch gibt es Leute, die auf die Stelle warten. Grévy ist beinahe schon neun Monate Präsident und Waddington ebensolange leitender Minister. Da wird es Zeit, an einen Andern zu denken. Französische Politiker würden sich die Achtung der Mitwelt zu verschmerzen fürchten, wenn sie nicht wenigstens im Kabinet des Präsidenten eine Aenderung herbeiführen wollten. Dieselbe wird also unzweifelhaft besorgt werden, und der Fall Waddingtons ist eigentlich nur noch eine Frage der Zeit. Vielleicht dauert es damit nur noch bis zum Zusammentritt der Kammern, möglich auch, daß das Ereigniß sich bis zum Frühjahr verzögert. Worüber es straucheln und stürzen wird, ist im Grunde ziemlich einerlei. Die allgemeine Amnestie wird ihm wahrscheinlich nicht zum Stein des Anstoßes werden, da Gambetta nicht mehr Reigung zu empfinden scheint, den Patron eines aussichtslosen Feldzugs für dieses Verlangen zu spielen; vermuthlich wird ihm auch der siebente Paragraph der Ferryschen Gesetzesvorlage gegen die Klerikalen das Leben nicht abkürzen, da das Kabinet beschlossen hat, aus der Annahme dieses Paragraphen keine Frage des Bleibens oder Rücktritts zu machen. Demungeachtet wird es fallen, und zwar, wie der Berichterstatter der Times boshaft hinzusetzt, erstens, weil es noch nicht gefallen ist, zweitens weil sein Sturz von Herrn Gambetta beschlossen ist, und drittens, weil wenige Deputirte für und viele gegen das Ministerium zu stimmen bereit sind. Das sind freilich keine Gründe, aber Thatsachen.

Als mögliche Nachfolger Waddingtons bezeichnet der Times-Korrespondent Dufaure, Jules Simon, Gambetta, Challemel Lacour und Freycinet. Die beiden erstgenannten sind aber bei der jetzigen Zusammensetzung der Deputirtenkammer undenkbar. Gambetta ferner wird nur im äußersten Nothfalle den Vorsitz im Kabinet übernehmen, da er dann nicht leicht Präsident werden könnte. Sollte Waddington über die Amnestiefrage zu Falle kommen, so wäre ein Ministerium aus den Reihen der Gemäßigten nach ihm eine Unmöglichkeit, und wahrscheinlich würde ihn dann Challemel Lacour, der jetzige Gesandte Frankreichs bei der Eidgenossenschaft, ersetzen. Was das für das Land bedeuten würde — und wohl auch für dessen Nachbarn —, brauchen wir nicht zu sagen.